

Hakenkreuze an der Mauer der Familie von Rössing / Vandalismus häuft sich

Erneut rechtsradikale Schmierereien in Rössing

(lv) Rössing. Erneut haben in Rössing Farbschmierer ihr Unwesen getrieben. Diesmal traf es das Anwesen von Freiherr Alexander von Rössing und Freifrau Carlota („Tita“) von Rössing, die zugleich Ortsbürgermeisterin ist. Auf deren Mauer hinterließen die Täter unter anderem gut lesbare Vornamen mit Beleidigungen sowie drei Hakenkreuze.

Die Polizei weist darauf hin, dass die Ortsbürgermeisterin jüngst die rechtsradikalen Schmierereien auf mehreren Bushäuschen in Rössing öffentlich gemacht hatte (der KEHRWIEDER berichtete). Doch Tita von Rössing glaubt nicht, dass hier ein Zusammenhang besteht. Anhand der hinterlassenen Namen hat sie der Polizei gegenüber einen konkreten Verdacht geäußert. Sie geht bei den Tätern von einer Gruppe Jugendlicher

aus, zu denen eine Zwölfjährige und ein 15-Jähriger gehören sollen. Denen traut sie nicht zu, dass sie Sätze wie „Demokratie ist keine Option“ an ein Bushäuschen schmierern. Zudem habe sich inzwischen herausgestellt, dass auch das Dorfgemeinschaftshaus verschandelt worden sei. Sie gehe deshalb nicht von einem persönlichen Racheakt aus. Die Polizei will diese Einschätzung noch nicht teilen. „Wir schließen einen Zusammenhang zwischen den Taten nicht aus und prüfen das gerade“, sagte Polizeisprecher Claus Kubik dem KEHRWIEDER.

Am Montag wurde darüber hinaus bekannt, dass an dem großen Weihnachtsbaum vor dem Dorfgemeinschaftshaus der Weihnachtsschmuck sowie eine Lichterkette heruntergerissen und zerstört wurde.

Ebenfalls am Montag meldete die Polizei, dass sie zwei Jungen, zwölf und 13 Jahre alt, der Zündefei an der Skateranlage in Rössing überführt hat. Sie hatten mit Streichhölzern das Holz angesteckt und dachten, das Feuer gelöscht zu haben, als sie den Ort verließen. Doch die Skaterrampen brannten vollständig nieder. Beide – noch nicht strafmündigen – Kinder stellten in Aussicht, gemeinsam mit den Eltern beim Wiederaufbau zu helfen. Für den materiellen Schaden müssen die Eltern haften.

Warum sich in Rössing Vandalismus und rechtsradikale Schmierereien derart häufen, ist Tita von Rössing ein Rätsel. „Ich dachte, wir hätten hier gute Angebote für Jugendliche“, sagt sie. „Aber es reichen zwei, drei Grützköpfe, um das ganze Dorf in Misskredit zu bringen.“

Landkreis schlägt zusätzlichen Sitz vor / Politik ist dafür, Machens dagegen

Sparkassen-Verwaltungsrat: Ringen um den Kompromiss

(lv) Landkreis/Hildesheim. Im Streit um die Besetzung des Verwaltungsrates der Sparkasse deutet sich eine Lösung an. Nachdem die CDU-Kreistagsfraktion den Landkreis verklagt hatte, liegt jetzt ein Kompromissvorschlag vor. Dieser findet zwar nicht die Zustimmung von Hildesheims Oberbürgermeister Kurt Machens, womöglich muss dieser sich aber morgen Abend dem Votum des Stadtrates beugen.

Der Reihe nach: Der Verwaltungsrat der Sparkasse – eine Art Aufsichtsrat – setzt sich unter anderem aus Mitgliedern des Kreistages und des Stadtrates zusammen. Die Sitze sind nicht nur wegen dessen Entscheidungsbefugnissen über die Geschäftspolitik der Sparkasse begehrt. Es gibt außerdem eine monatliche Aufwandspauschale von 300 Euro und weitere 150 Euro je Sitzung. Die Vergabe der Sitze soll den jeweiligen politischen Mehrheiten entsprechen. Bei vier Sitzen pro Gremium ist das schwierig, zumal es eine rechtliche Unsicherheit gibt: Nach dem Sparkassenrecht hätten SPD und CDU jeweils zwei Sitze erhalten. Das hielt die SPD für ungerecht, weil sie bei der jüngsten Kommunalwahl vor der CDU lag und zudem einen Sitz an die erstarkten Grünen abgetreten hatte. Nach Auskunft des Innen- und des Finanzministeriums müsse der Verwaltungsrat ohnehin nicht nach dem Sparkassenrecht, sondern nach dem Kommunalrecht zusammengesetzt werden. Demnach stehen Rot-Grün

drei Sitze zu, der CDU folglich nur einer – so hatte es der Kreistag am 17. November auch beschlossen (der KEHRWIEDER berichtete). Das hielten nun aber die Christdemokraten für so ungerecht, dass sie vor das Landesverwaltungsgericht zogen.

Dort wurde ein Kompromissvorschlag ausgehandelt („Vergleich“), den die Kreisverwaltung nun dem Kreistag, der ebenfalls morgen Abend tagt, zur Beschlussfassung vorlegen wird. Die simple Lösung: Statt vier sollen Kreis und Stadt jeweils fünf Mitglieder entsenden – damit wäre das Mehrheitsverhältnis gewahrt, aber der Unterschied nicht so krass. Nötig ist dafür eine Satzungsänderung, über die die Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes Hildesheim zu beschließen hat. Diese „Versammlung“ ist übersichtlich: Sie besteht aus dem Landrat und dem Oberbürgermeister, die sich mit dem Vorsitz abwechseln.

Oberbürgermeister Kurt Machens hat nun gegenüber dem Verwaltungsgericht angekündigt, den Kompromiss nicht mittragen zu wollen. Dem KEHRWIEDER sagte Machens zur Begründung: „Ich bin grundsätzlich auch für Vergleiche. Das bedeutet Interessenausgleich. Hier wird aber schlicht draufgesattelt und die Politik bedient sich.“ Der Vorschlag hätte eine Verzögerung der Besetzung des Verwaltungsrates der Sparkasse bis voraussichtlich Mitte 2012 zur Folge, so Machens. „Ganz abgesehen davon frage ich mich,

warum aus politischen Gründen ein Gremium erweitert werden soll. Das wird teurer und erleichtert die Arbeit des Gremiums nicht.“

Das sieht Christian Berndt, Fraktionschef der CDU im Kreistag, anders. Der Verwaltungsrat sei durchaus ein politisches Gremium und die Sparkasse Hildesheim die viertgrößte in Niedersachsen – die Aufstockung um zwei Sitze daher angemessen. „Das sieht auch die Mehrheit im Stadtrat so“, sagt Berndt. Die großen Parteien würden deshalb morgen einen Dringlichkeitsantrag einbringen, der den Kompromissvorschlag unterstützt. „An dieses Votum ist Machens dann gebunden.“ Dies bestätigt der CDU-Fraktionschef im Stadtrat, Dr. Ulrich Kümme: „Die Meinung des OB ist dabei nicht so entscheidend.“

Doch auch Vertreter kleinerer politischer Gruppierungen sind nicht begeistert, etwa Kreistagsmitglied Josef Stuke (Bündnis). Auch er hält die Anhebung der Verwaltungsratsmitglieder für „nicht vertretbar“ und weist auf einen Passus in der Vorlage der Kreisverwaltung hin. Dort heißt es, dass die Zahl der von Stadt und Landkreis zu entsendenden Mitglieder ab der nächsten Wahlperiode von jeweils fünf auf drei reduziert werden sollte. Das könne man dann ja auch jetzt schon machen, argumentiert Stuke. SPD, Grüne und CDU scheinen das anders zu sehen. Sie haben am Freitag noch einen Antrag auf den Weg gebracht, diesen Passus ersatzlos zu streichen.

Martin Brzenska als Nachfolger von Dirk Jansen in St. Marien eingeführt

Neue Aufgaben in Alfelds katholischer Pfarrgemeinde

(sch) Alfeld. Die katholische Kirchengemeinde St. Marien in Alfeld hat nach dem Weggang von Dechant Dirk Jansen ein neues Oberhaupt: Pfarrer Martin Brzenska wurde am vergangenen Wochenende feierlich im Rahmen eines Gottesdienstes in sein Amt eingeführt.

Die Plätze in der Kirche waren gut besetzt, da vielen Alfelder Katholiken daran gelegen war, ihren neuen Pfarrer kennen zu lernen. Auch Pfarrer Stefan Lampe, kommissarischer Dechant des Dekanates Alfeld-Detfurth, der seinen Kollegen ins Amt einführte, äußerte „große Freude darüber, dass die Pfarrstelle wieder besetzt ist“. Den Gottesdienst verfolgten auch Alfelds ehemaliger langjähriger Dechant Johannes Schmidt und die neue evangelische Superintendentin Katharina Henking.

Pfarrer Brzenska freute sich über die große Resonanz, insbesondere



Pfarrer Martin Brzenska.

darüber, dass Menschen aus allen Orten der Pfarrgemeinde gekommen waren, um ihn zu begrüßen.

Seine neue Aufgabe möchte der 40-Jährige zunächst vorsichtig angehen, bevor er sich konkrete Ziele setzt: „Ich bin ja erst ein paar Tage hier und möchte meine Gemeinde natürlich erstmal kennen lernen. In der Adventszeit kommen nun neue Herausforderungen auf mich zu, auf die ich mich freue.“

In seiner bisherigen Gemeinde in Hessisch-Oldendorf, wo er seit 2003 als Pfarrer tätig war, bedauert man seinen Weggang. Martin Brzenska, Jahrgang 1971, stammt aus Celle und hat in Münster und München katholische Theologie studiert. 1997 wurde er im Hildesheimer Dom zum Priester geweiht. Danach hat er zunächst als Seelsorger in Duderstadt gearbeitet, danach drei Jahre als Kaplan in Bremen-Blumenthal. 2003 wurde er Pfarrer in den Gemeinden St. Bonifatius in Hessisch-Oldendorf und St. Maria in Hemeringen.

Verdächtige im Landkreis

Razzia wegen SS-Gräuel

(lv) Landkreis. Die Staatsanwaltschaft Dortmund hat mehrere Wohnungen von ehemaligen Mitgliedern der Waffen-SS durchsucht. Gegen insgesamt sechs Männer wird wegen Beihilfe zum Mord ermittelt. Wie erst jetzt bekannt wurde, stammt einer davon aus Alfeld, ein anderer aus einer anderen Gemeinde im Landkreis Hildesheim. Der NDR hatte am Montag berichtet, dass alte DDR-Akten der Stasi-Unterlagenbehörde zu den Verdächtigen geführt hätten. Demnach waren die damals 18 und 19 Jahre alten Männer Angehörige der Waffen-SS-Einheit „Der Führer“ und am 10. Juni 1944 an einem Massaker im französischen Ort Oradour-sur-Glane beteiligt. Dort waren 642 Menschen grausam ermordet worden: Männer wurden erschossen, Frauen und Kinder in eine Kirche gesperrt, die dann angezündet und gesprengt wurde. Einige der Täter mussten sich nie vor einem deutschen Gericht verantworten. Ob es nun – nach 67 Jahren – dazu kommt, ist fraglich. Bei ihrer Suche nach Dokumenten, Fotos oder Tagebüchern wurden die Ermittler nicht fündig, die betagten Verdächtigen hätten ihre Tatbeteiligung bestritten oder seien – wie wahrscheinlich auch die beiden Männer aus dem Landkreis – nicht vernehmungsfähig.

Womöglich Herzanfall

Radfahrerin verstirbt

(lv) Rössing. Eine 75-jährige Frau ist am Donnerstag gegen 10.30 Uhr auf dem Radweg von Rössing Richtung Nordstemmen gestürzt und verstorben. Laut Polizei ist die Frau ohne Fremdeinwirkung zu Fall gekommen. Eine 44-jährige Autofahrerin aus Nordstemmen hatte den Sturz gesehen, die Rettungskräfte alarmiert und mit weiteren Autofahrern Erste Hilfe geleistet. Der Notarzt konnte jedoch nur noch den Tod der 75-Jährigen feststellen. „Es ist nicht auszuschließen, dass die Frau während der Fahrt einen Herzanfall erlitt und dadurch verstarb“, teilte die Polizei mit.

Seminar: Geld für Gründer

Landkreis. Die Gemeinschaftsinitiative Existenzgründung Hildesheim bietet am Dienstag, 13. Dezember, ein Seminar „Geld für die Gründung – Finanzierung und Fördermittel“ an. Die Referenten Christian Stoffregen (Volksbank Hildesheim eG) und Simon Kreipe (Hi-Reg) informieren die Teilnehmer über öffentliche Förderprogramme und verschiedene Finanzierungsmöglichkeiten bei der Bank. Zudem erläutern sie, was für ein erfolgreiches Bankgespräch zu beachten ist. Das Seminar findet von 18 bis 21 Uhr im Technologiezentrum Hildesheim in der Richthofenstraße 29 statt. Der Kostenbeitrag liegt bei 30 Euro. Anmeldung bei der Hi-Reg unter Telefon 0 51 21/3 09-24 41.

Offene Tür beim Job-Klub

Hildesheim. Beim Pro-Aktiv-Center/Job-Klub (PACE) hat sich in den vergangenen Wochen einiges getan. Neue Räumlichkeiten und neue inhaltliche Ansätze sollen für frischen Wind sorgen. PACE, betrieben von der Firma Labora, berät und unterstützt junge Menschen bis 27 Jahre auf dem Weg in den Beruf. Zum Jahresabschluss möchte sich PACE in der Bahnhofsallee 27 in Hildesheim an einem Tag der offenen Tür präsentieren. Alle Interessierten sind eingeladen, sich am Freitag, 16. Dezember, von 11 bis 13 Uhr einen Eindruck zu verschaffen.

Appelle und Brief an Ministerpräsident McAllister

„In Liebe, Gazale Salame“

(lv) Landkreis. Rund um den Internationalen Tag der Menschenrechte am gestrigen Samstag haben Unterstützer von Gazale Salame und Ahmed Siala erneut auf die Situation der getrennten Familie aufmerksam gemacht. Bereits am Montag trafen sich rund 25 Menschen zu einer stillen Mahnwache vor dem Kreishaus. Direkt vor den Eingang hatten sie ein Plakat mit der Aufschrift „Vergesst Gazale und ihre Kinder nicht“ geklebt. Am Montag tagte auch der Kreisausschuss, die meisten Mitglieder benutzten aber den hinteren Eingang des Kreishauses.

Vor allem von der neuen rot-grünen Mehrheit im Kreistag erhoffen sich die Unterstützer Rückenwind und zeigen sich dabei ungeduldig. „Wir sind schon etwas frustriert, dass Rot-Grün bislang nichts tut“, sagte Kai Weber vom Flüchtlingsrat. „Wir erwarten, dass sie öffentlich zu uns stehen.“ Die Fraktionschefs von SPD und Grünen, Klaus Bruer und Holger Schröder-Malloy, suchten denn auch das Gespräch mit den Demonstranten. „Wir haben nicht versprochen, dass wir den Fall gleich lösen“, sagte Bruer dem KEHRWIEDER, „aber wir setzen uns dafür ein, dass die Flüchtlingspolitik des Landkreises menschenfreundlicher wird.“ Im Kreisausschuss sei darüber allerdings nicht gesprochen worden.

Unterdessen haben sich prominente Menschenrechtler im Fall Siala/Salame an den niedersächsischen Ministerpräsidenten David McAllister (CDU) gewandt. McAllister hatte bereits im Fall der vietnamesischen Familie Nguyen seinen Innenminister Uwe Schönemann (CDU) zurückgepfiffen, stellte sich jetzt aber demonstrativ hinter ihn, als SPD, Grüne und Linke im Landtag Schönemanns Entlassung forderten.

Heiko Kauffmann, Bundesvorsitzmitglied der Flüchtlingsorganisation Pro Asyl, appelliert in einem „Offenen Brief“ an den Ministerpräsidenten, der Familie Siala/Salame ein Zusammenleben in Deutschland zu ermöglichen. Er habe in all den Jahren noch kein Familienschicksal wie dieses erlebt, bei dem eine



Appell vor dem Kreishaus: „Vergesst Gazale nicht!“ Foto: Veit

Familie im siebten Jahr auseinandergerissen und voneinander getrennt leben müsse, „ohne dass sich deutsche Behörden und zuständige Landes- und Regierungsstellen in der Lage sehen, dieser Zermürbung und Zerstörung einer Familie und der fortgesetzten Missachtung des Kindeswohls Einhalt zu gebieten“. Kauffmann argumentiert vor allem mit der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen, wonach das Kindeswohl Vorrang vor allen anderen Rechtsgütern habe.

Seinen Appell haben neben der Hildesheimer Landtagsabgeordneten Jutta Rübke (SPD) auch die ehemalige Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin, die ehemalige Landesjustizministerin Heidi Merk sowie Kirchenvertreter, Migrations- und Sozialforscher unterzeichnet.

Gazale Salame hat sich zudem selbst in einem Brief an McAllister gewandt. „Bitte, ich bin mit meiner Kraft am Ende“, schreibt sie. „Ich habe unendliche Sehnsucht nach meinen Kindern. Ich will nicht sterben, bevor Sie, Herr McAllister, mir die Rückkehr nach Deutschland erlauben, damit ich noch einmal meine Kinder riechen und umarmen kann. Retten Sie meine Familie. Wir gehören zu Deutschland. Die Türkei ist unser Tod. In Liebe, Gazale Salame.“

Ab dem 1. Januar ist das FDP-Büro wieder geöffnet

Der Nächste macht die Tür auf



FDP-Stadtverbandschef Sven Tänzer ist die Schlüsselperson. Foto: Veit

(lv) Hildesheim/Landkreis. „Der Letzte macht die Tür zu“ titelte der KEHRWIEDER, als Martin Gottschlich das Aus für die Fraktionsgeschäftsstelle der FDP in der Wallstraße 20 verkündete. Die Partei hatte bei der jüngsten Kommunalwahl ordentlich fern gelassen und stand plötzlich ohne Fraktion und Fraktionszuschüsse und Fraktionsgeschäftsstelle da. Doch Gottschlich hatte seinerzeit bereits angekündigt, dass die FDP im Stadtbild präsent bleiben wolle. Und zwar möglichst in denselben Räumen. So soll es sein – am Freitag hat Stadtverbandschef Sven Tänzer den neuen Mietvertrag unterschrieben, ab dem 1. Januar 2012 soll wieder Leben in die Bude einziehen.

„Der Stadtverband ist der Mieter, aber der Kreisverband und die Ortsverbände unterstützen uns“, sagt Tänzer. Die Miete wird aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden bezahlt. In

zwei Mitgliederversammlungen und mehreren Vorstandssitzungen sei das Thema intensiv erörtert worden. Das Büro soll nun nicht nur der Parteiarbeit dienen, sondern auch für Informationsabende und Schulungen genutzt werden. Den Liberalen aus dem Landkreis und den Jungen Liberalen (Julis) steht der Raum ebenfalls zur Verfügung. Und auch Martin Gottschlich, der als einziger FDP-Mann im Stadtrat eine Gruppe mit dem Piraten Ortwin Regel gebildet hat.

Offizielle Eröffnung ist am Freitag, 6. Januar, von 16 bis 18 Uhr – für die FDP traditionell der Tag der Dreikönigstreffen. Doch die „Könige“ von der liberalen Landes- und Bundesspitze wird Tänzer wohl nicht einladen. Von dort sei keinerlei Unterstützung für die Geschäftsstelle gekommen. „Ich will keinem ein Podium bieten, der sich nicht an der Ausstattung beteiligt hat“, sagt Tänzer.